

Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 21 98. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteht an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Beziger
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 RM, in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 RM; amtlich 1 mm
30 RM und 24 RM; Reklame 25 RM. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Vichtenberg, Kleinbittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 131

Sonnabend, den 7 Juni 1930

82. Jahrgang

Pfingsten

Es ist vollbracht, das heil'ge Wunder,
Nach langer hanger Winternacht!
Das ärmste Zweiglein am Hollunder
Brunkt stolz in sel'ger Blütenpracht.
Des Lebens Tore stehen offen,
In Fülle, Schönheit prangt das Feld,
Und Lebensglauben, Lebenshoffen
Jauchzt jubelnd durch die Frühlingswelt.

Pfingstglocken tragen ihre Weisen
Durchs sonnengoldne Blütenland,
Den großen Sinn des Alls zu preisen,
Da neu die Erde auferstand,
Des Zweifels Knechte zu belehren
Zum großen heiligen Lebenslied,
Zu künden, daß zu Gottes Ehren
Die Erde keimt und grünt und blüht.

Den Dreiklang, jenen heilig schweren,
Der letzten Rätsels Lösung weist,
Im Werden der Natur zu lehren;
Gott Vater, Sohn und heil'ger Geist;
Gott als den Schöpfer im Gestalten,
Die Liebe, die aus allem spricht,
Unfaßbar jenes Selbes Walten
In Blüte, Frucht, in Duell und Licht.

So muß der Kreis des Alls sich schließen
In Schöpfung, Liebe und in Geist!
Ob hoch im Norden Gräser spriesen
Armselig, dürr und halb vereist,
Ob Märchenwunder sich entfalten
Im blütenreichen Tropenwald,
Sie preisen alle nur das Walten
Der nie ersakten Gotterwelt!

Sie reden alle eine Sprache,
Die jede Kreatur versteht,
Die an dem pfingstlich hellen Tage
Lobpreisend um die Erde weht;
Heilföndend, segnend, Glückbenommen
Jauchzt sie im weichen Frühlingswind,
Daß wir aus einem Schöße kommen
Und eines Gottes Kinder sind!

Felix v. O. Oöcker.

Das Wichtigste

Der Reichszugler hat Freitag abend Berlin verlassen und wird die
Feiertage in Süddeutschland verbringen.

Kapitän Lehmann erklärte kurz nach der Landung des „Graf Zeppelin“
in Friedrichshafen dem Vertreter der Telegraphen-Union, daß die
bei der Südamerika Fahrt zurückgelegte Strecke beinahe 30 000 km
betrage.

Wie aus Moskau gemeldet wird, ist in Murmansk am Nördlichen Eis-
meer plötzlich große Kälte eingetreten. Die Temperatur fiel bis
auf 5 Grad Kälte. Außerdem setzte Schneefall ein, der zum Schne-
sturm ausartete und den Eisenbahnverkehr vollkommen lahmlegte.
Man befürchtet, daß die Kälte längere Zeit andauern wird.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat nunmehr amtlich bekannt-
gegeben, daß gegen die Plazierung der deutschen Reparationsbonds
in Amerika keine Einwendungen mehr erhoben werden.

Nach einer Meldung aus Bombay sind Freitag abend in Scholapur
vier Jnder wegen der Ermordung eines Polizisten bei den kürz-
lichen Unruhen zum Tode verurteilt worden. Der Richter, der das
Urteil sprach, war ein Jnder.

Vertilgung und sächsische Angelegenheiten

Pfingstgrün

Uebers Jahr, zur Zeit der Pfingsten
Pflanz' ich Wäien Dir vor's Haus,
Bringe Dir aus weiter Ferne
Einen frischen Blumenstrauß.

So sang Hoffmann von Fallersleben, und mit Recht.
Zu keiner anderen Zeit im Jahr sind die Bäume grüner
und frischer, zu keiner anderen Zeit auch sind Wiesen, Raine
und Ufer, sind Büsche und Hecken mehr voller farbiger
Blütenpracht, als zu Pfingsten, wenige Wochen vor dem
Mittsommerstag. Was Wunder, wenn die Menschen gerade

Wie das Reich seine Finanzen ordnen will

Dr. Stegerwald über die Maßnahmen der Regierung

Die Blätter zum Deckungsprogramm der Reichsregierung

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald sprach am
Freitag vor Pressevertretern über die Neuordnung der
Arbeitslosenversicherung. Der Minister erklärte, daß die
augenblicklichen Beiträge für Arbeitslosenversicherung und
die im Reichshaushalt bereitgestellten Mittel zur Unter-
stützung von 1,4 Millionen arbeitslosen Hauptunterstützungs-
empfängern und Krisenfürsorgeberechtigten ausreichen. Für
1,6 Millionen Hauptunterstützungsemp-
fänger und 400 000 Krisenfürsorgeberech-
tigte müßten jedoch weitere Mittel be-
schafft werden. Außerdem sei ein Arbeits-
beschaffungsprogramm von Reichsregierung,
Reichspost und Reichsbahn für mehrere 100 000 Arbeiter
erforderlich. Hierfür sei insgesamt
ein Aufwand von über zwei Milliarden Reichsmark
notwendig.

850 Millionen Reichsmark, die insgesamt für die Inordnung-
bringung der Arbeitslosenversicherung fehlen, sollen auf
folgende Weise aufgebracht werden:

1. durch Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversiche-
rung 220 Millionen,
2. durch Sparnisreform bei der Arbeitslosenversicherung
115 Millionen,
3. durch Notopfer der Festbesoldeten in der öffentlichen
und in der Privatwirtschaft, der Ledigen und der Auf-
sichtsräte 350 Millionen,
4. durch Verkauf von Vorratsaktien der Reichsbahn
100 Millionen und
5. durch Umgruppierung der Zahlungstermine für die
Zigarettensteuer 50 Millionen.

Der noch verbleibende Rest soll durch Einsparungen im
Reichshaushalt hereingeholt werden.

Weiter erklärte Dr. Stegerwald, daß die Erhöhung
der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auf 4 1/2 Prozent und die in Aussicht genommene Er-
sparnisreform sowie die in Vorschlag gebrachten
Steuern, insbesondere das Notopfer für die Festbesoldeten,
als eine Einheit angesehen werden müßten.

Die Einführung eines allgemeinen Notopfers sei
unzweckmäßig gewesen.

Durch die jetzige Regelung werden belastet die Arbeit-
geber und die Arbeitnehmer mit der Beitragserhöhung, die
besser bezahlten Versicherten, sofern sie keine 52 Wochen-
beiträge geleistet haben, mit einer Berringerung ihrer Unter-
stützungssätze, die über 21 Jahre alten Ledigen mit der Ein-
führung einer 14tägigen Wartezeit, und ferner die Fest-
besoldeten in der öffentlichen und Privatwirtschaft mit einem
Notopfer von 4 Prozent ihres Einkommens
(nicht der Einkommensteuer). Daneben werden noch die
Ledigen und die Aufsichtsräte zum Notopfer herangezogen.
Die jetzt getroffene Regelung gilt für die Zeit
vom 1 Juli 1930 bis zum 31. März 1931.

Bitte zahlen!

Die Neubelastung, die sich für weiteste Volkskreise aus-
den von dem Reichskabinett beschlossenen Maßnahmen zur
Sanierung der Finanzwirtschaft des Reiches ergibt, wird
von allen Volkskreisen mit süßaurer Miene aufgenommen
werden. Man hört nur wieder von neuen Opfern, die dem
Volke zugemutet werden, ohne zu erkennen, ob der Weg
zum Ziel führt. Es ist nur zu hoffen, daß die Sanierung
der Finanzen gelingt und daß die neuen Opfer wenigstens
Zweck haben. Wir wollen kein Geld in einen Topf ohne
Boden werfen.

Der wichtigste Punkt des Sanierungsprogramms der
Reichsregierung ist die Reform der Arbeitslosen-
versicherung, die im großen ganzen an die Beschlüsse
des Vorstandes der Reichsanstalt der Arbeitslosenversicherung
angelehnt ist. Freilich erfuhr die Beitragshöhe die beträcht-
liche Steigerung von 3,5 auf 4,5 Prozent. Diese Maßnahme
war, wie der Reichsarbeitsminister sagt, nicht mehr zu um-
gehen, da die gegenwärtigen Beiträge zur Arbeitslosenver-
sicherung, für die Mittel im Reichshaushalt bereitstehen, nur
zur Unterstützung von 1,4 Millionen arbeitslosen Haupt-
unterstützungsempfängern und Krisenfürsorgeberechtigten
ausreichen. Um den Etat der Arbeitslosenversicherung und
des Reichshaushalts nunmehr ins Gleichgewicht zu bringen,
müssen, nachdem die Lage auf dem Arbeitsmarkt trotz der
Frühjahrsaison eine geradezu bedenkliche Entwicklung ae-

nommen hat, neue Mittel beschafft werden, und zwar ist für
die nächsten Monate mit etwa 1,6 Millionen Hauptunter-
stützungsempfängern und 400 000 Krisenfürsorgeberechtigten
zu rechnen. Daneben sollen durch öffentliche Auftragsver-
gaben, hauptsächlich der Reichspost und der Reichs-
bahn, wieder mehrere Hunderttausend Arbeiter in den
Arbeitsprozeß eingefügt werden. Dafür ist insgesamt ein
Aufwand von über 2 Milliarden Mark notwendig. Für die
Inordnungbringung der Arbeitslosenversicherung des Reichs-
haushalts und für die Arbeitsbeschaffung fehlen dem Reich
insgesamt 850 Millionen Mark, die nach dem
jetzigen Beschluß des Reichskabinetts durch laufende Ein-
nahmen und durch Reform der Arbeitslosenversicherung zu
beschaffen sind.

Der Kern dieses ganzen von der Reichsregierung der
Öffentlichkeit mit viel warmen und der Erklärung dienen
sollenden Worten übergebenen Reformplans ist die Be-
lastung der Versicherungs-pflichtigen mit aber-
mals rund 240 Millionen Mark und die Erhöhung der
Einkommensteuern für die Festbesoldeten um nahezu
die Hälfte des bisherigen Steuersatzes. Das vierprozentige
Notopfer soll vom Einkommen, und zwar vom steuer-
pflichtigen Einkommen erhoben werden. Bei der Arbeits-
losenversicherung sind es heute schon mehr die Kreise der
Arbeitnehmer als die der Arbeitgeber, die sich gegen die
immer erneuten Belastungen wenden. Das Notopfer ist
von denjenigen Festbesoldeten in der öffentlichen und pri-
vaten Wirtschaft zu erheben, die keine Beiträge für die
Sozialversicherung aufzubringen haben, mithin über ein
Gehalt von über 700 Mark zur Verfügung und mithin eine
„gesicherte“ Existenz, soweit in der heutigen Zeit der ab-
soluten wirtschaftlichen Ungewißheit überhaupt von „ge-
sichert“ die Rede sein kann, nachweisen. Es ergibt sich mit-
hin die Tatsache, daß die Festbesoldeten in Zukunft eine
Gesamtsteuerbelastung von 14 Prozent, die Unterheirateten
sogar eine solche von 15 Prozent zu tragen haben.

Aus alle dem geht hervor, daß das neue Regierungs-
programm durchaus auf dem Grundgedanken aufgebaut ist,
daß in erster Linie der Bürger die Lasten des Staates zu
tragen habe. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren,
daß dieser Gedanke doch in etwas überspannt worden ist,
denn wo bleiben die Pflichten des Staates selbst? Von dem
Behördenabbau, der seit 14 Tagen als die wichtigste Maß-
nahme zur Sanierung der öffentlichen Finanzwirtschaft dar-
gestellt worden ist, ist in dem ganzen Programm nichts zu
lesen. Von der Ausgabenreduktion und den Einsparungs-
methoden ist kaum ein Wort gesagt.

Berliner Blätter zum Deckungs- programm der Reichsregierung

Berlin, 6. Juni. Zu dem neuen Deckungsprogramm,
das in der Donnerstagitzung des Reichskabinetts verabschie-
det wurde, nehmen nur wenige Blätter Stellung. Die
„D. A. Z.“ sagt: Wer vom Standpunkt der Idee einer durch-
greifenden Reform des öffentlichen Ausgabenwesens das
sogenannte Deckungsprogramm unter die Lupe nehme, werde
feststellen müssen, daß nicht einmal der erste Schritt getan
werde, der eine grundlegende Aenderung herbeiführen könnte.
Ob der Etat durch die vorgeschlagenen Maßregeln notwendig
balanciert werden könne, hänge weniger von der notorisch
schwankenden Finanzpolitik ab, als von der Frage, ob sich
Arbeitgeber und Arbeitnehmer in ihren Besprechungen zur
Behebung der Wirtschaftskrise einigen könnten. — Der
„Vorwärts“ bezweifelt, ob sich für die Deckungsvorschläge
eine Mehrheit finden werde.

Von einigen Blättern wird besonders darauf hinge-
wiesen, daß in der amtlichen Mitteilung an einigen wichtigen
Punkten, die für die Gesamtbeurteilung wichtig sind, die ent-
sprechenden näheren Zahlenangaben fehlen. Nach der „Vör-
sen-Zei-tung“ verlautet, daß sich die Höhe des Notopfers,
bezw. der „Reichshilfe“ auf etwa 3 bis 4 % des Einkommen-
steuerbetrages belaufe. Die in der amtlichen Mitteilung er-
wartete volle Deckung des Haushaltsfehlbetrages durch das
Programm beruhe, dem Vernehmen nach, u. a. auf den in-
zwischen wesentlich günstiger sich gestaltenden Steuereingängen
und Posteinnahmen, die im Monat Mai beinahe die ge-
schätzte Höhe erreicht haben sollen.

